

Betreff:

Unterstützung der heimischen Landwirtschaft (CDU)

Antragstext:

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der heimischen Wirtschaft, versorgt uns mit regionalen Lebensmitteln und Rohstoffen, ist Garant für den Erhalt der Kulturlandschaft und trägt wesentlich zu Naturschutz, Artenvielfalt und Klimaschutz bei. Die regionale, bäuerliche und familiengeprägte Landwirtschaft verdient daher unsere besondere Wertschätzung. Die Herausforderungen zum Schutz unserer Umwelt, des Klimas, der Artenvielfalt und des Wasserhaushaltes können wir nur in Partnerschaft mit der Landwirtschaft als größtem Landnutzer bewältigen.

Der Ortsbeirat fordert daher den Magistrat der Stadt Wiesbaden auf:
Die heimischen Landwirte in ihren Anliegen, auf die mangelnde Wertschätzung und überbordende Bürokratie und Auflagen hinzuweisen, zu unterstützen.

1. Der Magistrat fordert die Bundes- und die Landesregierung auf, den intensiven Dialog mit der Landwirtschaft fortzusetzen und sie in die weitere Ausgestaltung in der Agrarpolitik einzubinden. Er sieht insbesondere bei der Ausgestaltung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, bei der Umsetzung der Düngeverordnung zum Schutz des Grundwassers und beim Insektenschutzprogramm der Bundesregierung wichtige Themen, bei denen im Dialog mit der Landwirtschaft Wege gefunden werden müssen, wie die Ansprüche an Umweltschutz, Biodiversität, Boden-, Klima- und Wasserschutz mit den Notwendigkeiten einer effizienten, praktikablen und wirtschaftlich tragfähigen Landwirtschaft in Einklang gebracht werden.
2. Der Magistrat betont die Notwendigkeit regionaler Wertschöpfungsketten, um die Potenziale regionaler Produkte, die vom Verbraucher immer stärker nachgefragt werden, optimal auszuschöpfen und den Landwirten Möglichkeiten zur Vermarktung ihrer Produkte zu geben. Zudem haben regionale Verarbeitungsstrukturen auch Vorteile für Umwelt-, Klima- und Tierschutz. Der Ortsbeirat bittet den Magistrat, die Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe und regionalen Strukturen, sowie der lokalen Wertschöpfungsketten, weiter zu intensivieren und auszubauen.
3. Der Ortsbeirat kritisiert, dass die Landwirtschaft von Teilen der Gesellschaft und der Medien ungerechtfertigt an den Pranger gestellt und einseitig für umweltpolitische Probleme verantwortlich gemacht werden soll. Es besteht kein Zweifel, dass die Landwirtschaft als Nutzer großer Flächen eine besondere Verantwortung für Umwelt-, Arten-, Klima- und Wasserschutz hat. Die heimische Landwirtschaft arbeitet daher unter hohen Standards und Anforderungen. Die Landwirte haben gezeigt, dass sie bereit sind, vielfältige Leistungen für die Umwelt und die Gesellschaft zu erbringen. Sie erwarten zu Recht, dass Standards und Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Nutzung transparent nachvollziehbar und wissenschaftlich belegt und nicht von Ideologie getrieben sind.

Antrag Nr. 20-O-15-0009

CDU-Fraktion

Begründung:

Die Landwirtschaft wird durch fortwährend zunehmende gesetzliche Regelungen in Form von Verboten und Auflagen für die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen und der Tierhaltung in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigt, während die Erlöse für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Praktiken des Lebensmitteleinzelhandels auf niedrigstem Niveau verharren.

Dies führt auch in Wiesbaden zu zahlreichen Protestaktionen der heimischen Landwirte. Da Wiesbaden-Igstadt die größten landwirtschaftlichen Flächen Wiesbadens beheimatet, sehen wir hier besonders dringenden Handlungsbedarf.

Insbesondere junge Bauernfamilien wie auch junge Menschen, die vor der Hofübernahme stehen, zweifeln an der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft. Vor dem Hintergrund des grundlegenden Wandels der Erwartungen der Gesellschaft an die Landbewirtschaftung, weg von den Fragen der Ernährungssicherung als essentielle Lebensgrundlage, hin zu Fragen des Schutzes von Umwelt und Natur, hat der Kreistag des Landkreises großes Verständnis für die Bauernproteste und sichert den Landwirten ausdrückliche seine Unterstützung zu.

Es gilt, für die Landwirtschaft wirtschaftlich tragbare Lösungen zu finden, die es den Betrieben ermöglichen, neben der Ernährungssicherung mehr Leistung für Klima-Arten-Umweltschutz und Tierwohl zu erbringen. Die berechtigten Forderungen der Landwirte, unter anderem im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik, auf weitere verschärfende Regelungen in der Düngeverordnung, nach einer Vereinheitlichung der Mess- und Analysemethoden, und nach partizipativen und kooperativen Maßnahmen zum Schutz von Insekten und Artenvielfaltsind umzusetzen.

Wiesbaden, 22.06.2020